

Geschäftszahlen:
BKA: 2024-0.015.355
BMKOES: 2024-0.248.872
BMEIA: 2024-0.176.304

93/9

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krisen in der Ukraine, im Nahen Osten, in Afghanistan und Nachbarländern sowie in West- und Ostafrika; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der dramatischen Situation in der Ukraine, im Nahen Osten, in Afghanistan und Nachbarländern sowie in West- und Ostafrika die humanitären Anstrengungen österreichischer Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

1. Ukraine

Die durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöste landesweite akute humanitäre Krise und größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg hält auch nach mehr als zwei Jahren unvermindert an. Sie wird durch eine systematische und unablässige Zerstörung der lebensnotwendigen Infrastruktur und der schwierigen Versorgungslage der Zivilbevölkerung weiter verschärft. Die Zahl der intern Vertriebenen (IDPs) liegt nach Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) derzeit bei über 3,5 Millionen Menschen. Über 6 Millionen Menschen haben in den letzten zwei Jahren Zuflucht jenseits der Landesgrenzen in Europa gesucht. Frauen und Kinder sind den Gefahren von geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandel ausgesetzt. Laut Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) benötigen mindestens 14,6 Millionen Menschen in der Ukraine akut humanitäre Hilfe zum Überleben, darunter laut Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zumindest 3,2 Millionen Kinder. Am schwersten betroffen sind Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, die zahlreichen Verwundeten, Kranke sowie ältere und gebrechliche Menschen.

2.Syrien

Eine der weltweit größten aktuellen humanitären Krisen hat das seit 13 Jahren von bewaffneten Konflikten geplagte Land weiter fest in ihrem Griff. Sie wird verstärkt durch die fortdauernden schwerwiegenden Folgen der Erdbebenkatastrophe vom 6. Februar 2023 im Nordwesten des Landes, die zu einer drastischen Verschärfung der humanitären Notlage für 4,1 Millionen Menschen führte, durch den schleppenden Wiederaufbau und die weltweite Ernährungs- und Gesundheitskrise. Laut Angaben von UNOCHA benötigen 16,7 Millionen Menschen (fast Dreiviertel der Bevölkerung) dringend humanitäre Hilfe, darunter laut UNICEF mehr als 7 Millionen Kinder. Der Konflikt in Syrien hat laut UNOCHA 6,8 Millionen Menschen innerhalb Syriens vertrieben. Die seit Jahren desolate lebensnotwendige Infrastruktur erlitt weitere schwere Schäden, insbesondere durch die durch das Erdbeben verursachten weitläufigen Zerstörungen im Nordwesten. Besonders betroffen ist der Bereich der Gesundheitsversorgung. Der Zugang zu kritischer medizinischer Erstversorgung sowie zu Wasserversorgung, Grundnahrungsmitteln und sanitären Einrichtungen ist besonders für vulnerable Gruppen stark beeinträchtigt.

3. Libanon

Die humanitäre Situation der Menschen im Libanon ist weiterhin äußerst prekär. Zu dem seit Beginn des Syrien Konflikts anhaltenden Flüchtlingszustrom aus dem Nachbarland kommt die seit 2021 herrschende schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seiner Geschichte. Ein Großteil der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und wird durch die weltweite Ernährungs- und Gesundheitskrise hart getroffen. Bei einer Einwohnerzahl von 5,5 Millionen hat der Libanon seit Beginn des Krieges in Syrien laut Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) rund 1,5 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen. Damit ist der Libanon gemessen an seiner Bevölkerung weltweit das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge, was eine weitere enorme Belastung für die gesamte Infrastruktur darstellt. Von dieser angespannten humanitären Notsituation sind insbesondere Frauen und Mädchen betroffen. Die Anzahl der registrierten Flüchtlinge beläuft sich derzeit laut UNHCR auf 800.000. Derzeit sind im Libanon laut Angaben von UNICEF mindestens 3,8 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, ein Drittel davon sind Kinder. Allem voran fehlt es an Nahrungsmitteln, Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen Sanitäranlagen sowie Bildungsmöglichkeiten. Fehlende Bildungs- bzw. Erwerbsmöglichkeiten treffen in überwiegenderem Ausmaß Frauen und Mädchen. Laut UNICEF haben 77 Prozent der Haushalte nicht genügend Lebensmittel oder Geld für Lebensmittel zur Verfügung, bei syrischen Flüchtlingshaushalten liegt die Zahl bei 99 Prozent.

4. Jordanien

Der wirtschaftliche, politische, soziale und demographische Druck in Jordanien aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien ist unverändert hoch. 90 Prozent der von UNHCR derzeit registrierten über 717.000 Flüchtlinge in Jordanien sind aus Syrien geflüchtet, darunter die Hälfte Kinder. Auch im dreizehnten Jahr seit Beginn des Syrienkonflikts hat sich die humanitäre Situation der Flüchtlinge in Jordanien nicht verbessert. Über 90 Prozent der Syrerinnen und Syrer in Jordanien leben unter der Armutsgrenze und kämpfen ums Überleben. Insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Auch Jordanien leidet unter den Auswirkungen der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verschärften globalen Ernährungskrise.

5. Afghanistan und Nachbarländer

Afghanistan befindet sich in einer schweren humanitären Notlage. Die Jahrzehnte andauernden bewaffneten Konflikte in Afghanistan, die Auswirkungen von COVID-19, wiederkehrende Naturkatastrophen wie Dürre und Erdbeben sowie eine sich vertiefende Armut führen zu einer akuten humanitären Notlage für die afghanische Zivilbevölkerung. Laut UNOCHA sind derzeit 23,7 Millionen Menschen, darunter 12,6 Millionen Kinder dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Von 15,8 Millionen unter akuter Ernährungsunsicherheit leidenden Menschen befinden sich 6 Millionen an der Schwelle zur Hungersnot. 3,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind akut unterernährt. Darüber hinaus hat sich die Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan nach der Machtübernahme durch die Taliban drastisch verschlechtert. Die verheerende politische, wirtschaftliche und soziale Situation zwingen viele Afghaninnen und Afghanen zur Flucht. Laut UNHCR gelten rund 3,2 Mio. Menschen in Afghanistan als intern vertrieben. Weitere 5,3 Millionen sind ins Ausland geflohen. Von all diesen Entwicklungen sind Frauen und Mädchen besonders betroffen. Mit weiter stark ansteigenden Flüchtlingszahlen, die die Auswirkungen auf die Nachbarländer der Region noch weiter verschärfen und sich mit verstärkten Migrationsbewegungen auf Europa auswirken, ist zu rechnen. Eine wirksame humanitäre Hilfe vor Ort zur Versorgung der Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat ist essentiell.

6. Burkina Faso

Burkina Faso zählt zu den zehn ärmsten Ländern weltweit (Platz 184 von 191 laut Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen 2022). Gemäß UNICEF sind derzeit 4,9 Millionen Menschen dringend auf humanitäre Unterstützung angewiesen, darunter 2,8 Millionen Kinder. 2 Millionen Menschen gelten als intern vertrieben, die Mehrheit davon Kinder und Frauen. Grenzübergreifende Gewalt bewaffneter Gruppen hat zu einer

starken Beeinträchtigung des Zugangs der in extremer Armut lebenden Bevölkerung zu lebensnotwendigen Leistungen geführt. Durch die Schließung von über 6.100 Schulen (ca. ein Viertel aller Schulen des Landes) ist die Bildung für mehr als 1 Million Kinder gefährdet. Das Gesundheitssystem im Land ist fragil, Krankenhäuser und Erstversorgungszentren sind chronisch unterfinanziert. Neben der unzureichenden Gesundheitsversorgung fehlt es vor allem an Nahrungsmitteln und grundlegenden Gütern des täglichen Bedarfs. Burkina Faso ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

7. Äthiopien

Das unter einer der größten Dürren seit Jahrzehnten leidende Land wird durch zusätzliche Katastrophen (Auswirkungen einer der schlimmsten Heuschreckenplagen der letzten Jahrzehnte, Cholera Ausbruch im September 2022, Überschwemmungen im November 2023 im Süden und im Osten des Landes) vor weitere große Herausforderungen gestellt. Derzeit sind laut OCHA über 20 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, zum überwiegenden Teil Kinder. 5,5 Millionen Menschen haben akuten Nahrungsmittelbedarf oder gelten laut Welternährungsprogramm (WFP) bereits als chronisch unterernährt. Der Norden Äthiopiens wird weiterhin von bewaffneten Konflikten heimgesucht, in der Provinz Tigray sind 2,6 Millionen Menschen intern vertrieben. Die Sicherheitslage in anderen Provinzen ist fragil. Die Gesamtzahl der IDPs beträgt 4,4 Millionen Menschen. Darüber hinaus beherbergt das Land gemäß UNHCR über 960.000 Geflüchtete aus dem Südsudan, Somalia, Eritrea und Sudan. Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

8. Mosambik

Mosambik zählt zu den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Staaten weltweit. Überschwemmungen, Dürren und tropische Zyklone wie der Zyklon „Freddy“ mit schweren Überschwemmungen im Februar 2023 tragen zu Ernteauffällen, wetterbedingter Vertreibung der Bevölkerung sowie schweren Schäden an lebensnotwendiger Infrastruktur bei, unter anderem im Bereich der medizinischen Grundversorgung. Insbesondere der Norden des Landes und die Provinz Cabo Delgado sind durch jahrelang andauernde und immer wiederkehrende terroristische Auseinandersetzungen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Laut UNOCHA benötigen 2 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe, darunter befinden sich laut UNICEF mehr als 800.000 Kinder. Das WFP weist darauf hin, dass sich 80 Prozent der 28 Millionen Einwohner keine ausreichende Ernährung leisten können, wodurch Mosambik eines der am stärksten von Hunger betroffenen Länder der Welt ist. Laut WFP leiden 38 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unter chronischer Unterernährung. Ca. 670.000 Menschen sind

laut UNOCHA in Mosambik intern vertrieben. Mosambik ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

9. Uganda

In Uganda lebt ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und von weniger als USD 1,90 am Tag. Das Land leidet an unzureichendem Zugang zu Grundnahrungsmitteln und drastisch angestiegenen Grundnahrungsmittelpreisen. Laut UNICEF benötigen rund 13,8 Millionen Menschen humanitäre Hilfe, darunter 7,4 Millionen Kinder. Die Heuschreckenplage verschlimmerte die humanitäre Not vieler Menschen rapide, vor allem im Nordosten des Landes. Uganda beherbergt derzeit mit 1,6 Millionen Menschen die meisten von UNHCR registrierten Flüchtlinge in ganz Afrika, vor allem aus dem Südsudan (ca. 58 Prozent der Flüchtlinge) und der Demokratischen Republik Kongo (ca. 32 Prozent der Flüchtlinge). Geflüchtete sind mit Nahrungsunsicherheit, Unterernährung und mangelndem Zugang zu Gesundheitsversorgung konfrontiert. Uganda ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition die Anstrengungen österreichischer Nichtregierungsorganisationen bei humanitären Krisen und leistet damit einen wichtigen Beitrag für Hilfe vor Ort.

Zur Bekämpfung dieser humanitären Krisen ist ein österreichischer Betrag von EUR 21,5 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krisen in der Ukraine, im Nahen Osten (Syrien, Libanon und Jordanien), in Afghanistan und Nachbarländern sowie in West- und Ostafrika (Burkina Faso, Äthiopien, Mosambik und Uganda) insgesamt EUR 21,5 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland an österreichische Nichtregierungsorganisationen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1. EUR 2 Mio. für die Ukraine
2. EUR 1,5 Mio. für Syrien
3. EUR 3 Mio. für den Libanon
4. EUR 3,5 Mio. für Jordanien
5. EUR 2 Mio. für Afghanistan und Nachbarländer
6. EUR 3 Mio. für Burkina Faso
7. EUR 3 Mio. für Äthiopien
8. EUR 3 Mio. für Mosambik
9. EUR 0,5 Mio. für Uganda

3. April 2024

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister